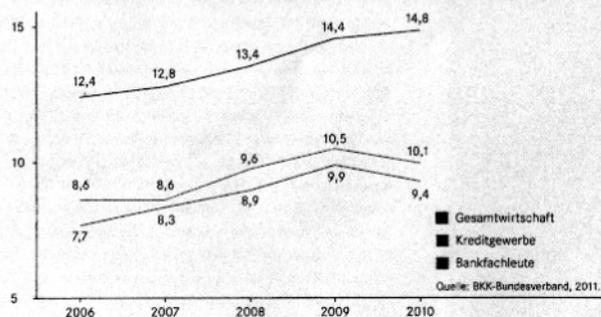


K RANKENSTAND IM KREDITGEWERBE RÜCKLÄUFIG ▶ 1

Arbeitsunfähigkeitstage je beschäftigtem Pflichtmitglied



# Eine Branche hält sich fit

**GESUNDHEITSREPORT KREDITGEWERBE** Das Krankheitsgeschehen im deutschen Kreditgewerbe hat sich zuletzt gegen den Trend positiv entwickelt: Anders als in der Gesamtwirtschaft war bei den Banken der Krankenstand rückläufig, die Entwicklung bei psychischen Störungen blieb unauffällig und verlief günstiger als im Branchendurchschnitt. Auch die Gesundheitsangebote der Institute für ihre Beschäftigten bestehen den Fitnessstest: Die Arbeitgeber im privaten Bankgewerbe haben den ohnehin guten Standard im betrieblichen Gesundheitsschutz noch einmal erhöht. *Carsten Rogge-Strang*

**Keywords: Personal, Gesundheitsschutz, Krankenstand**

Die gute Nachricht wiederholt sich: Das Kreditgewerbe bleibt die Branche mit dem niedrigsten Krankenstand in Deutschland. Durchschnittlich 10,1 Tage fehlten Bankbeschäftigte im Jahr 2010 wegen Krankheit, das ist ein Drittel weniger als in der Gesamtwirtschaft (14,8 Tage). In der Berufsgruppe der Bankfachleute lag der Krankenstand sogar nur bei 9,4 Tagen pro Kopf. Zu diesen Ergebnissen kommt der BKK-Bundesverband in seiner jüngsten Statistik ▶ 1.

Neu und durchaus überraschend ist dagegen, dass sich die Krankenstände von Banken und Gesamtwirtschaft gegenläufig entwickelt haben: Während die Ausfalltage pro Kopf über alle Branchen hinweg gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % zugelegt haben, gingen sie bei den Kreditinstituten um 3,8 % zurück, bei Bankfachleuten sogar um 5,1 %.

## Krankenstand bei Banken konstant niedrig

Skeptiker geben zu bedenken, niedrige oder sinkende Krankenstände seien darauf zurückzuführen, dass besonders viele Beschäftigte wegen hoher Arbeitsbelastung oder aus Angst um ihren Arbeitsplatz krank zur Arbeit kämen (so genannter Präsentismus). Im Kreditgewerbe sprechen gleich mehrere Faktoren dagegen: Zum einen ist der Krankenstand seit vielen Jahren konstant niedrig, während die Branchenkonjunktur zuletzt erheblichen Schwankungen ausgesetzt war; weder in besonders guten noch in besonders schlechten Zeiten gab es beim Krankenstand spürbare Ausschläge in die eine oder andere Richtung.

Zum anderen sind die Beschäftigten im privaten Bankgewerbe mit wichtigen Faktoren, die ihr Wohlbefinden beeinflussen, zufriedener als im Vorjahr – unter anderem mit ihren Entscheidungsspielräumen, mit ihrem Zeit- und Ressourcenbudget, mit ihrem Arbeitsumfeld, der Bezahlung und insbesondere mit dem Führungsverhalten ihrer direkten Vorgesetzten. Das zeigt die

jährliche repräsentative Beschäftigtenbefragung des Sozialforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag des AGV Banken ▶ 2.

Darüber hinaus belegen verschiedene empirische Untersuchungen einen positiven Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Gesundheitszustand; soeben erst hat die Initiative Gesundheit und Arbeit (IGA), eine Kooperation gesetzlicher Krankenkassen und Unfallversicherungen, in ihrem jüngsten

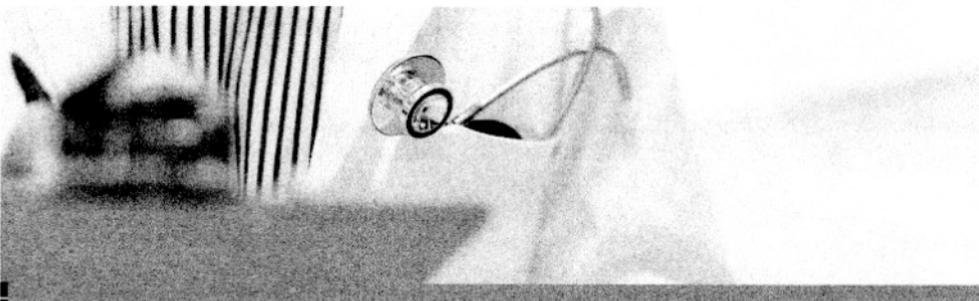
Das Kreditgewerbe bleibt die Branche mit dem niedrigsten Krankenstand in Deutschland.

Report darauf verwiesen (IGA Barometer, 3. Welle 2010). Da die Akademiker- und Abiturientenquote im Kreditgewerbe überdurchschnittlich hoch ist, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass auch dies einen grundsätzlich niedrigen Krankenstand bei Banken begünstigt.

## Bankbeschäftigte: kein spezifisches Risiko für psychische Erkrankungen

Die häufigste Ursache für Arbeitsunfähigkeit sind im Kreditgewerbe Erkrankungen des Atmungssystems (34,8 % aller Krankheitsfälle), gefolgt von Krankheiten des Verdauungssystems (11,5 %), des Muskel-Skelett-Systems (11,1 %), von Infektionen und parasitären Krankheiten (9,8 %) sowie Verletzungen und Vergiftungen (5,7 %) ▶ 3.

Besondere Aufmerksamkeit gilt zunehmend der Entwicklung von psychischen und Verhaltensstörungen. Auch im Bankgewerbe, das seit Jahren große Herausforderungen zu bewältigen hat, wird die Debatte darüber intensiv geführt – allerdings nicht immer sachlich. So sind immer wieder Äußerungen zu vernehmen, die Arbeitsbedingungen bei Banken und insbesondere im Bankvertrieb seien dafür verantwortlich, dass das Ausmaß an



### Psychische Störungen: Dunkelziffern kommen ans Licht

Die Arbeitswelt hat sich im Zuge der Globalisierung verändert und in vielen Bereichen beschleunigt. Parallel melden die Krankenkassen seit Jahren, dass die Ausfalltage wegen psychischer und Verhaltensstörungen zunehmen. Da liegt die Schlussfolgerung nahe: Das Ausmaß an psychischen Störungen ist heute deutlich höher als früher, und verantwortlich dafür ist in erster Linie die Arbeit.

Doch so einfach lassen sich die Zusammenhänge nicht herstellen. Soeben erst haben Experten der TU Dresden erneut darauf hingewiesen, dass vor allem das Wissen unter Ärzten über Erkrankungen mit psychischen Hintergründen wächst, was zu mehr Diagnosen mit dem Befund „psychische Störung“ führt. Hinzu kommt, dass die Beschäftigten psychische Probleme stärker selbst wahrnehmen und akzeptieren. Vieles spricht dafür, dass psychische Störungen lange unterschätzt wurden und wir gerade eine Aufholjagd in der Diagnostik erleben: Die Entdeckungsrate steigt, was zu begrüßen ist, weil Erkrankte schneller und besser behandelt werden können. Aus ehemaligen Dunkelziffern werden so sichtbare und statistisch erfasste Fälle, ohne dass dies mit einer realen Zunahme psychischer Probleme verbunden sein muss.

Bei der Frage nach den Ursachen steht außer Frage, dass neben verschiedenen anderen Faktoren auch die Arbeit Einfluss auf die psychische Gesundheit der Menschen hat. Es gibt aber Hinweise darauf, dass Arbeit nicht der Hauptauslöser psychischer Störungen ist. Zu diesen Aspekten sind in jüngster Zeit aufschlussreiche Arbeiten erschienen, deren Ergebnisse sich wie folgt zusammenfassen lassen:

**Keine Hinweise auf Zunahme psychischer Störungen in Europa:** Das European College of Neuropsychopharmacology (ECNP) und das European Brain Council (EBC) haben im September 2011 Ergebnisse einer dreijährigen europaweiten Untersuchung<sup>1</sup> zur Prävalenz (Krankheitshäufigkeit) von über 100 psychischen und neurologischen Krankheitsbildern veröffentlicht. Nach Aussage der Forscher – von deutscher Seite war die TU Dresden federführend beteiligt – gibt es danach keine Hin-

weise auf eine Zunahme der Störungen, die bereits 2005 in einer Vorgängerstudie untersucht wurden. Die aktuelle Untersuchung kommt vielmehr zu dem Ergebnis, dass gleichbleibend rund 38 % der EU-Bevölkerung in allen Altersstufen von psychischen und/oder neurologischen Störungen betroffen sind. Der hohe Wert relativiert sich dadurch, dass der Vergleichswert für körperliche Erkrankungen bei etwa 70 % liegt und nach Aussage der Autoren nicht jede psychische Störung behandelt werden muss.

#### Arbeitsbedingungen nicht Hauptauslöser für psychische Störungen:

Eine trennscharfe Analyse, wodurch psychische Störungen entstehen, ist nicht möglich. Um jedoch zumindest Anhaltspunkte zu erhalten, haben Forscher des Centrums für Disease Management an der TU München dazu Ende 2009 Experten befragt: 312 Psychiater gaben Auskunft darüber, wie stark aus ihrer Sicht bei ihren Patienten die Arbeitsbedingungen zum Entstehen psychischer Störungen beitragen oder diese verstärken. Danach sind nur bei 26 % der berufstätigen Patienten die Arbeitsbedingungen Hauptauslöser für eine psychische Erkrankung, bei 38 % wirkt sich das derzeitige Arbeitsumfeld eher förderlich und stabilisierend auf den Gesundheitszustand aus. Den sinnstiftenden Charakter von Arbeit bestätigen auch Zahlen des BKK-Bundesverbandes: Danach sind Arbeitslose mehr als drei Mal so häufig von psychischen Störungen betroffen wie Beschäftigte.

Übergreifend stellen beide Untersuchungen fest, dass es trotz zunehmender Enttabuisierung des Themas (etwa weil sich Meldungen über Prominente mit psychischen Erkrankungen häufen) nach wie vor erhebliche Hindernisse für einen offenen und fachgerechten Umgang mit psychischen Problemen gibt. So haben die Forscher der TU München ermittelt, dass nur 16 % der berufstätigen Patienten ihre Vorgesetzten darüber informieren, dass sie an einer psychischen Erkrankung leiden. Und die Autoren der europaweiten Studie beklagen, dass nur etwa ein Drittel der Betroffenen auch tatsächlich angemessen versorgt wird – unter anderem, weil es viel zu wenige Psychotherapieplätze und deshalb oft wochenlange Wartezeiten gibt.

psychischen Störungen in der Branche deutlich zugenommen habe. Damit soll suggeriert werden, es gebe ein branchenspezifisches Risiko für psychische Störungen.

Davon kann jedoch keine Rede sein, die einschlägigen Statistiken weisen sogar in die entgegengesetzte Richtung. Zwar steigt im Kreditgewerbe der Anteil der Diagnosegruppe „psychische und Verhaltensstörungen“ am gesamten Krankheitsgeschehen – wie in der Gesamtwirtschaft – seit Jahren. Dafür sind aber verschiedene Gründe verantwortlich, die nicht unbedingt arbeitsbedingt sein müssen (vgl. S. 78). Vor allem aber zeigen die aktuellen Zahlen, dass das Ausmaß an psychischen Störungen im Kreditgewerbe im Branchenvergleich weiterhin unauffällig ist:

**Psychische Störungen bei Krankheitsursachen erst an sechster Stelle:** Bei den Krankheitsursachen im Kreditgewerbe stehen psychische Störungen gerade einmal an sechster Stelle, sie ma-

Bei den Krankheitsursachen im Kreditgewerbe stehen psychische Störungen gerade einmal an sechster Stelle, sie machen nur 4,7 % aller Krankheitsfälle aus.

chen nur 4,7 % aller Krankheitsfälle aus. Das ist etwas mehr als im Branchendurchschnitt (4,0 %), aber weniger als beispielsweise im öffentlichen Dienst (5,2 %) oder im Gesundheits- und Sozialwesen (6,0 %). Dabei ist zu berücksichtigen, dass statistische Effekte die Vergleichbarkeit zu Ungunsten von Branchen verzerren, in denen die Beschäftigten – wie bei Banken – vorwiegend im Büro arbeiten. Dabei geht es im Wesentlichen um Muskel-Skelett-Erkrankungen und Verletzungen: Während diese beiden Diagnosegruppen gesamtwirtschaftlich über ein Viertel der Krankheitsfälle ausmachen, sind sie im Kreditgewerbe nur für ein Sechstel der Fälle verantwortlich.

Dadurch steigt bei Banken zwangsläufig der Anteil psychischer Störungen am (durch geringen Krankenstand gekennzeichneten) gesamten Krankheitsgeschehen, ohne dass die Branche tatsächlich außergewöhnlich davon betroffen wäre. Für eine bessere Vergleichbarkeit ist deshalb eine bereinigte Statistik hilfreich. Sie ergibt ein anderes Bild: Bezogen auf alle Krankheitsfälle ohne Muskel-Skelett-Erkrankungen und Verletzungen liegt der Anteil psychischer Störungen im Kreditgewerbe bei 5,7 % und damit unter dem Wert für die Gesamtwirtschaft (5,9 %).

**Anteil der Ausfalltage wegen psychischer Störungen unauffällig:** Nimmt man die Arbeitsunfähigkeitstage pro Kopf als Maßstab (also die Summe aller Krankheitsfälle multipliziert mit der durchschnittlichen Krankheitsdauer), dann bekommen psychische Störungen ein stärkeres Gewicht, weil hier die Krankheits-

dauer über dem Durchschnitt liegt. Mit anderen Worten: Wer an einer psychischen Störung leidet, braucht länger, um wieder arbeitsfähig zu sein. Deshalb entfallen gesamtwirtschaftlich 12,0 % der Ausfalltage auf dieses Krankheitsbild, es steht damit

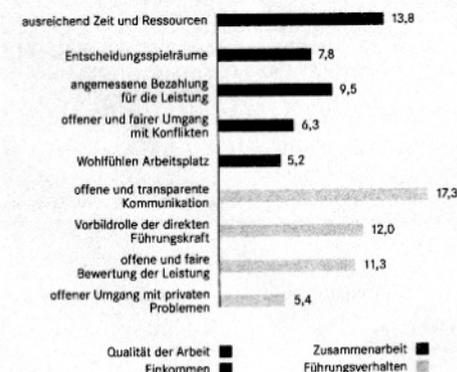
Innerhalb kurzer Zeit hat sich der Anteil der Beschäftigten signifikant erhöht, die von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung profitieren.

an vierter Stelle der Diagnosen (hinter Muskel-Skelett-Erkrankungen, Atemwegserkrankungen und Verletzungen), im Kreditgewerbe sind es 15,6 % und Rang drei (hinter Atemwegs- und Muskel-Skelett-Erkrankungen).

Auf den ersten Blick scheint das Kreditgewerbe überproportional betroffen zu sein – doch das täuscht. Denn auch hier wirkt sich aus, dass in der Branche Muskel-Skelett-Erkrankungen und Verletzungen unterproportional vorkommen. Bereinigt man die Statistik erneut um diese beiden Diagnosegruppen, liegt der Anteil psychischer Störungen an allen Ausfalltagen im Kreditgewerbe (21,2 %) und in der Gesamtwirtschaft (20,0 %) nahezu gleichauf. Darüber hinaus ist die durchschnittliche Krankheitsdauer bei psychischen Störungen im Kreditgewerbe seit Jahren niedriger als in der Gesamtwirtschaft; im Jahr 2010 waren es

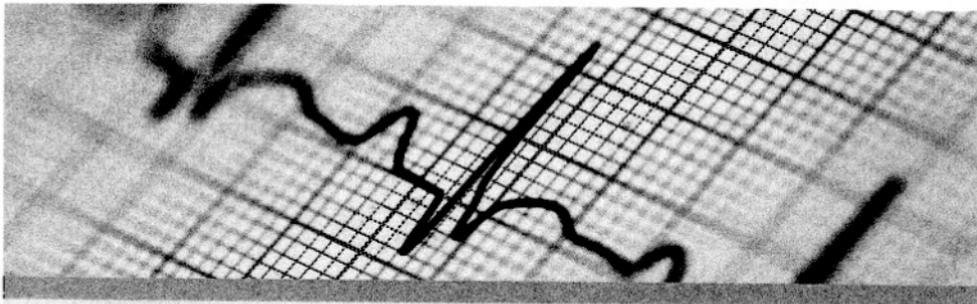
### Zufriedenheit gestiegen

Befragung von Beschäftigten im privaten Bankgewerbe, (Bewertung „ausgezeichnet/ sehr gut“), Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: TNS Emnid/AGV Banken, 2011.

<sup>1</sup> Wittchen et al., 2011: ECNP/EBC Report 2011 – The size and burden of mental disorders and other disorders of the brain in Europe 2010.



### Gesunde Entwicklung

Die Arbeitgeber im privaten Bankgewerbe setzen seit 2010 schrittweise die Empfehlungen der gemeinsamen Erklärung „Betrieblicher Gesundheitsschutz im Bankgewerbe“ um und haben in allen Punkten der Erklärung Fortschritte erzielt. In seinem Monitoring kommt der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes (AGV Banken) zu folgenden Ergebnissen:

#### Was die Erklärung empfiehlt ...

Die Unternehmen begegnen ihren Beschäftigten mit Respekt und Vertrauen.

Die Tarifparteien fordern alle Unternehmen im Bankgewerbe auf, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um die Gesundheit und Leistungsfähigkeit ihrer Beschäftigten zu erhalten und zu stärken.

Führung soll Fehlbelastungen vermeiden. Insbesondere sollen Ziele fair, erreichbar, spezifisch und unter Berücksichtigung der Kundenbedürfnisse formuliert sein.

Die Unternehmen sollen ihren Beschäftigten angemessene Gestaltungsspielräume einräumen.

Die Tarifparteien erkennen an, dass der betriebliche Gesundheitsschutz im privaten Bankgewerbe und bei den öffentlichen Banken bereits eine wichtige Rolle spielt. Bei Banken gibt es Gesundheitsschutzprogramme, deren einzelne Elemente als Beispiel für andere Unternehmen der Branche dienen können.

Die Tarifparteien wirken darauf hin, dass sich die Qualität der Maßnahmen zum Gesundheitsschutz im Bankgewerbe weiter erhöht, insbesondere mit Blick auf Prävention. Dabei ist es hilfreich, die Beschäftigten aktiv einzubeziehen.

Die Tarifparteien wirken darauf hin, dass die Unternehmen im Bankgewerbe mögliche gesundheitliche Belastungen und Gefährdungen ihrer Beschäftigten mit adäquaten und zum jeweiligen Unternehmen passenden Analysemethoden erfassen und beurteilen.

#### ... und was die privaten Banken tun

Diese Grundhaltung war und ist Grundlage der Arbeitsbeziehungen im privaten Bankgewerbe.

Der Anteil der Unternehmen mit umfassendem Gesundheitsmanagement hat sich binnen Jahresfrist mehr als verdoppelt und liegt jetzt bei 50 %. Inzwischen können neun von zehn Beschäftigten im privaten Bankgewerbe Gesundheitsleistungen nutzen, die über den gesetzlich vorgeschriebenen Arbeits- und Gesundheitsschutz hinausgehen.\*

Mehrere Institute haben die Vertriebssteuerung und damit die Führung eines großen Teils der Belegschaften angepasst: Kurzfristige Ziele wurden abgeschafft, Teamziele ersetzen individuelle Ziele, in die Erfolgsbewertung fließen Kundenbindung und Kundenzufriedenheit stärker ein als bisher. Die Beschäftigten im privaten Bankgewerbe bewerten das Führungsverhalten ihrer direkten Vorgesetzten deutlich positiver als ein Jahr zuvor.\*\*

Fast 80 % der Mitarbeiter bewerten ihre Entscheidungsspielräume positiv; dieser hohe Wert hat sich gegenüber dem Vorjahr noch einmal leicht verbessert.\*\*

Der AGV Banken hat im November 2010 auf Verbandsebene eine ständige Plattform zum Wissens- und Erfahrungsaustausch eingerichtet: Der Arbeitskreis Gesundheitsschutz und Demografie tagt zwei Mal im Jahr. Darin tauschen sich die Unternehmen insbesondere zu beispielhaften Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung aus. An den bislang drei Sitzungen haben jeweils rund 25 Mitgliedsinstitute aller Größen und Bankengruppen teilgenommen.

Der ohnehin hohe Anteil von Unternehmen mit Präventionsangeboten hat sich im Jahr 2011 noch einmal auf jetzt 84 % erhöht; in diesen Instituten arbeiten über 87 % der Beschäftigten. Spezielle Angebote für Personen mit psychischen Problemen stehen mittlerweile 70 % der Beschäftigten offen, ein Jahr zuvor waren es noch 62 %.\*

Zurzeit arbeiten neun von zehn Beschäftigten (Vorjahr: knapp acht von zehn) in Instituten, die systematische Gefährdungsbeurteilungen eingeführt haben, dies gerade tun oder planen.\* Der AGV Banken informiert seine Mitgliedsunternehmen laufend über geeignete Verfahren zur Gefährdungsbeurteilung.

Uellen: \* Gesundheitsstatistik des AGV Banken, 2011; \*\* repräsentative Befragung von Beschäftigten im privaten Bankgewerbe; TNS Emnid im Auftrag des AGV Banken, 2011.

bei den Bankmitarbeitern 32,0 Tage und damit 9,1 % weniger als bei allen Beschäftigten (35,2 Tage).

**Anstieg psychischer Störungen im Kreditgewerbe unterdurchschnittlich:** Sowohl die Zahl der Krankheitsfälle als auch der Umfang an Ausfalltagen, die auf psychische und Verhaltensstörungen zurückgehen, sind im Kreditgewerbe zuletzt weniger stark gestiegen als im Durchschnitt aller Branchen. Im Jahr 2010 registrierte der BKK-Bundesverband in dieser Diagnosegruppe für das Bankgewerbe 4,93 Fälle pro 100 Beschäftigten, das

entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 11,0 % (Bankfachleute: 4,59 Fälle pro 100, plus 10,6 %); dagegen stieg der Wert in der Gesamtwirtschaft um 14 % auf 5,05 Fälle pro 100 Beschäftigten. Dieselbe Tendenz zeigt sich bei den Ausfallzeiten wegen psychischer Störungen: Hier liegt das Kreditgewerbe mit 158 Tagen pro 100 Beschäftigten (Bankfachleute: 145 Tage) unverändert deutlich unter dem Durchschnitt aller Branchen (178 Tage), der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr betrug bei den Banken 10,5 % (Bankfachleute: 9,0 %), in der Gesamtwirtschaft dagegen 16,3 %.

### Institute bauen Leistungen zur Gesundheitsförderung aus

So günstig die Entwicklung der Krankenstandsdaten bei näherer Betrachtung auch ist: Auch geringe Ausfallzeiten belasten die Betroffenen und die Unternehmen. Die Institute im privaten Bankgewerbe haben deshalb frühzeitig einen hohen Standard in der betrieblichen Gesundheitsförderung geschaffen, der deutlich über das ohnehin anspruchsvolle Maß des gesetzlich vorgeschriebenen Arbeits- und Gesundheitsschutzes hinausreicht. Auf dieser Basis haben die Tarifparteien im privaten und öffentlichen Bankgewerbe im Juni 2010 eine gemeinsame Erklärung zum betrieblichen Gesundheitsschutz unterzeichnet mit dem Ziel, diese gute Position zu behaupten und Verbesserungsmöglichkeiten in der Prävention und im Umgang mit körperlichen und mentalen Gesundheitsbelastungen zu nutzen. Anderthalb Jahre später lässt sich feststellen: Die Banken nehmen die Hinweise der Erklärung ernst, in allen darin genannten Punkten hat es – ausgehend von bereits hohem Niveau – Fortschritte gegeben. So hat sich innerhalb kurzer Zeit der Anteil der Beschäftigten signifikant erhöht, die von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung profitieren ▶ 4.

Ein Schwerpunkt liegt mittlerweile auf Maßnahmen zur Prävention und zur schnellen und kompetenten Hilfe bei psychischen Problemen. Hier haben die Institute ihre Angebote erheblich ausgebaut: Mehrere große Häuser haben inzwischen breit angelegte Programme zur Mitarbeiterberatung eingeführt, so genannte Employee Assistance Programme (EAP). Dort stehen erfahrene externe Experten (in der Regel Therapeuten und Psychologen) teilweise rund um die Uhr telefonisch zur Verfügung und beraten die Bankmitarbeiter bei Problemen – unabhängig davon, ob deren Ursache im privaten Bereich liegt oder mit dem Job zu tun hat. Bei schweren Problemen werden Mitarbeiter teilweise innerhalb weniger Tage an niedergelassene Psychotherapeuten vermittelt, deutlich schneller als im regulären Gesundheitsbetrieb. Hier schließen die Arbeitgeber auch im eigenen Interesse Lücken, die durch die flächendeckende Unterversorgung mit Therapieplätzen entstehen. ■

**Autor:** Carsten Rogge-Strang ist Geschäftsführer Tarifpolitik beim Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes, Berlin.

3

### Krankheitsursachen im Kreditgewerbe

Krankheitsfälle 2010; Anteil in %

	Kreditgewerbe	Gesamtwirtschaft
Krankheiten des Atmungssystems	34,8	28,2
Krankheiten des Verdauungssystems	11,5	11,7
Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems	11,1	17,4
Infektionen und parasitäre Krankheiten	9,8	9,4
Verletzungen und Vergiftungen	5,7	8,8
Psychische und Verhaltensstörungen	4,7	4,4
Sonstige	22,4	20,1

Quelle: BKK-Bundesverband, 2011.

4

### Gesundheitsleistungen: Immer mehr Mitarbeiter profitieren

Anteil der Beschäftigten in Unternehmen mit entsprechendem Angebot; privates Bankgewerbe, Angaben in %

	2011	2010
Gefährdungsbeurteilung eingeführt/in Verhandlung/geplant	89,1	77,8
Gesundheitsmanagement oder Einzelmaßnahmen zur Gesundheitsförderung	88,2	83,8
Angebote für Beschäftigte mit psychischen Problemen	69,7	61,6
Umfassendes Gesundheitsmanagement	59,0	52,5

Quelle: AGV Banken, 2011.